

Vertrauen und Frieden. Ein ambivalentes Verhältnis

Christina Schües

Friedensphilosophie ringt darum, dem politischen und gesellschaftlichen Denken und Handeln Alternativen zu einer Kriegerslogik aufzuzeigen, um letztendlich eine Logik des Friedens zu stärken. Die Unterscheidung zwischen einer Kriegerslogik und einer Friedenslogik ist nicht immer ganz deutlich; gleichwohl ist diese Unterscheidung wichtig, denn sie zeigt grundlegende Denkweisen auf, die jeweils in ihrer Art auch das Zusammenleben der Menschen und ihre Handlungsmöglichkeiten miteinander prägen. Die Kriegerslogik verfährt in einer Abschreckungslogik, einem binären Freund-Feind-Denken, dem die Strategie des *Othering* inne ist. Diese Stilisierung Anderer als Gegner oder Feinde, denen nicht vertrauensvoll und auf Augenhöhe begegnet werden kann, wird dann als Rechtfertigung für ein militärisches Aufrüsten, gewaltvolle Drohgebärden oder Abschottungsstrategien durch Grenzen benutzt.

Der Weg hin zur Friedenslogik ist nicht selbstverständlich oder einfach zu beschließen. Faktisch gibt es in vielen Gesellschaften beide Logiken, die parallel oder im Konflikt miteinander operieren. Sicherlich bewegen sie sich in einigen Aspekten auch aufeinander zu und befinden sich jeweils auf einer Schwelle zueinander.

Friedenslogik bedeutet, vom Frieden ausgehend, also von dessen Ziel her, zu denken und sich hierbei in Analyse und Praxis von diesen Prinzipien und Strukturen leiten zu lassen (Senghaas/Senghaas-Knobloch 1992; Senghaas 1995; Schües 2016). Sie zielt auf Abbau von Gewalt und Aufbau von Gerechtigkeit und Freiheit, Sicherheit und Vertrauen, ihr ist kollaboratives Handeln und Miteinandersein wesentlich. Krieg bedarf einer Rechtfertigung; Frieden bedarf keiner Rechtfertigung, er ist Selbstzweck und steht für die Gestaltung von Friedensgesellschaften. Diesen ist die Vorstellung eines positiven Friedens inne, dem Gerechtigkeit und Freiheit, Sicherheit und Vertrauen eingeschrieben ist. Freiheit entspricht nicht nur einem Freisein von Zwang, sondern mehr noch (von Hannah Arendt inspiriert) der Möglichkeit eines Freiseins mit anderen Menschen in Kollaboration¹ und einem gegenseitigen

1 Ich benutze hier den in den Kultur- und Wirtschaftswissenschaften gebräuchlichen Begriff der *Kollaboration*, der im politischen Feld durch den Kollaborateur – einer, der als Verräter gesehen wird, und sich hinterrücks mit dem Feind verbündet, negativ verbrannt erscheint. Kollaboration meint hier die Bereitschaft mit allen Parteien Gespräche zu führen, auch mit dem *Feind*, dies aber mit dem allgemeinen Ziel, Frieden zu befördern. Kollaboration beinhaltet

Anknüpfen in Vertrauen. Wenn wir, so die Überlegung, in Termini der Bezogenheit (*linking*) denken und weniger in denen einer Rangordnung (*ranking*), können wir auf *friedvollere* und vertrauensvollere Beziehungen innerhalb der menschlichen Gesellschaften insbesondere im trans-kulturellen und trans-nationalen Kontext hoffen.

Neben der Orientierung an universellen Normen wie dem Völkerrecht und den Menschenrechten setzt Friedenslogik deutlich auf kooperative oder kollaborative, deeskalierende und gewaltfreie Konfliktbearbeitung beziehungsweise Kriegsbeendigung. Hierbei werden sowohl das Leid der Menschen, die Folgen für die Umwelt, wie auch die Fragen nach dem Zusammenleben der Menschen nach einem Krieg oder Konflikt thematisiert. Allerdings ist das Denken und Handeln innerhalb einer Friedenslogik nicht nur im Rahmen von Konfliktlösung oder Kriegsbeendigung wichtig, sondern gerade auch im Zusammenhang einer Friedensursachenforschung, die etwa Gewaltpotentiale, Rüstungsindustrie und ihre Rüstungsexporte kritisch im Blick behält sowie sich für mehr Gerechtigkeit, kollaborative Beziehungen, werteorientierte Hinterfragung eigener Interessen und ihre Modifikation im Sinne globaler Normen und gerechter Verhältnisse einsetzt – und das jeden Tag.

Unterschieden werden üblicherweise ein *negativer* Frieden und ein *positiver* Frieden. Während ersteres Konzept lediglich auf die Abwesenheit von Krieg, etwa eine Waffenruhe hinweist, wird der positive Frieden im Sinne einer gesellschaftlichen Ordnung verstanden, in der nicht nur die Waffen schweigen, sondern ein Zusammenwohnen und -leben der Menschen in Sicherheit, Gerechtigkeit und (nicht nur wirtschaftlicher) Prosperität ermöglicht ist (Galtung 1975: 32; Czempiel 1998; Werkner 2017; Schües 2018: 97).

Friedenskonzeptionen, die mehr sein wollen als die Abwesenheit von Krieg oder Gewalt, werden einerseits (auch) Maßnahmen zur Beendigung von Krieg oder gewaltvollen Konflikten bereithalten müssen, andererseits aber auch mit einer *Friedensursachenforschung* einhergehen. Das Erforschen und Aushandeln von Friedensursachen und -bedingungen wird niemals eine Ordnung für immer und für alle Menschen finden können. Die Friedensursachenforschung ist eine kontinuierliche *Forschung* und *Praxis*, die im Falle ihres Gelingens, also eines geglückten Aufbaus einer *Friedengesellschaft* doch als begleitende und kritische Forschung und Praxis immer aktiv bleiben sollte (Hirsch/Delhom 2015). Sicherlich werden manche Bedingungen für eine gelingende Friedensforschung sowie Friedensordnung leicht zu nennen sein, doch zentral ist die Klärung, wie Vertrauen beziehungsweise vertrauensvolle Beziehungen gestaltet werden können.

Wie aber Frieden und Vertrauen zusammenhängen und wie sie jeweils verstanden werden können, unterliegt einer Bedeutungskomplexität, die vielschichtig und immer wieder neu zu bedenken ist. Um Frieden und Vertrauen zu stützen und zu

tet auch die gemeinsame Auseinandersetzung mit der Zielsetzung selbst. Der Begriff der Kooperation meint eher die Zusammenarbeit in einem bereits vorentworfenen Projekt.

erhalten, sind entsprechende Handlungen, Praktiken und Haltungen notwendig; mehr noch, um Frieden und Vertrauen zu erreichen, ist (darüber hinaus) Mut, Risikobereitschaft und die Bereitschaft zum Zusammenleben und zur Zusammenarbeit mit Anderen erforderlich. Besonders in Zeiten des Unfriedens und der Unsicherheit ist Vertrauen schwierig, denn dann werden andere Menschen, Gesellschaften, ihre Institutionen und Regierungen als gefährlich empfunden. Die meisten Menschen sehen die gesellschaftliche Rolle des Vertrauens üblicherweise sofort ein, gleichwohl sind seine Bedeutungsdimensionen nicht unbedingt offensichtlich. Neben der Klärung einiger Aspekte von Vertrauen möchte ich auch dafür argumentieren, dass auch Misstrauen eine zentrale Rolle als Friedensbedingung spielt.

Zuerst werde ich die konstitutive Rolle des Vertrauens in der politischen Ordnung der Moderne erläutern. In einem weiteren Schritt wird die Entfaltung von Vertrauen als relationaler Begriff in einen friedenspraktischen Kontext die Grundlage darstellen, um drei miteinander verschränkte Dimensionen des Vertrauens zu unterscheiden. Schließlich werde ich aufzeigen, dass sowohl Vertrauen, wie auch falsches Vertrauen und Misstrauen im Zusammenhang von Frieden wegweisende Phänomene darstellen. Die unterschiedlichen Entwicklungen und Bedeutungen von Frieden und Vertrauen haben sich historisch gewandelt und sie bleiben im Wandel angesichts der gegenwärtigen Krisen, Konflikte und Kriege, in denen Menschen in unterschiedlicher Weise betroffen sind und eine tiefe Verunsicherung und Gefährdung verspüren. Es sind Verunsicherungen und Gefährdungen, die das Thema von Vertrauen und Misstrauen theoretisch und konkret stets erneut präsent werden lassen.

Vertrauen und Misstrauen am Beginn der politischen Moderne und als Horizont gegenwärtiger Friedensverständnisse

Vorstellungen von Frieden reichen Jahrtausende zurück. In der griechischen Antike wurde der Frieden entsprechend einer kosmologischen harmonischen Ordnung verstanden. Als Vertreter der römischen Antike propagierte Augustinus die theologische Vorstellung des Friedens als *Ruhe der Ordnung*. Eine kosmologische oder theologische, also gottgegebene Ordnung verlangt kein Vertrauen zwischen den Menschen.

In der Neuzeit präsentierte etwa Thomas Hobbes die Vorstellung eines stabilen Staates, der in der Figur des *Leviathan* (2011 [1651]) metaphorisiert wurde, und Jean-Jacque Rousseau entwarf die Konzeption eines *Ewigen Friedens*, eines *Paix Perpétuelle* (2012 [1761]). Damit legte er Mitte des 18. Jahrhunderts den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages vor, der fortan als ein Grundlagentext der Demokratie gilt. Hobbes und Rousseau beginnen beide ihren jeweiligen Entwurf einer politischen Ordnung mit Hilfe der Heuristik eines imaginierten Naturzustandes, um dann mit diesen

sozialontologischen und anthropologischen Vorannahmen einen Gesellschaftsvertrag vorzuschlagen. Auch ziehen beide politischen Theoretiker bereits Überlegungen über Vertrauen und Misstrauen in ihre Entwürfe ein, weshalb ihre jeweiligen Artikulationen von Vertrauen und Misstrauen konstitutiv zum Wesen der modernen politischen Ordnung gehören (Hirsch 2013: 5).

Bei Hobbes ist das Misstrauen bereits im imaginierten Naturzustand angelegt und deshalb ist für ihn das Motiv der Befriedung zur Staats- und Institutionsbildung zentral. Rousseau regt mit dem heuristischen Entwurf eines durch Zeitlosigkeit geprägten sogenannten Naturzustands zur Kritik an der modernen Zivilisation an. Seine Aussage »Der Mensch wird frei geboren und überall liegt er in Ketten« (Rousseau 1981: 382) unterstreicht die Vorstellung, dass die Menschen von Natur aus frei sind, aber durch gesellschaftliche Strukturen und Institutionen in Ketten gelegt werden (Rousseau 1981). Diese Ketten können symbolisch für alle Formen der Unterdrückung und Ungleichheit stehen; es ist eine Ungleichheit, die nicht natürlich ist, sondern durch gesellschaftliche Umstände und Strukturen entstehe, die die Machtausübung bestimmter Gruppen über andere befördert. Letztendlich müsse der Staat als ein Vertrag verstanden werden, den freie Bürger aus freiem Willen schließen. Das war revolutionär und ein frontaler Angriff gegen das Staatsverständnis des Absolutismus eines Ludwig XIV. Gleichwohl bleibt das Thema des Vertrauens ambivalent. Mit der Unterwerfung des *freien Willens* unter den Gemeinwillen (*volonté générale*) soll dem Zusammenschluss der Bürger eine Ebene der Verbindlichkeit und des Vertrauens geschaffen werden. Rousseau möchte zwar, wie Alfred Hirsch (2013) zeigt, Vertrauen mittels einer politischen Ordnung herstellen. Gleichwohl kann es ihm aufgrund einer doppelten Kontingenz der Beziehungsebenen nicht gelingen. Diese doppelte Kontingenz liegt darin, dass Vertrauen in den *von Skepsis und Vorsicht getragenen Beziehungen* nicht angesprochen wird und dass die Einsicht in den Gemeinwillen, unter den sich jeder Einzelwille zu unterwerfen hat, fehlt (Hirsch 2013: 4).

In diesem hierarchisierenden Zusammenschluss schuldet der Einzelne dem durch den Herrscher und die Gesetze repräsentierten Gemeinwillen Gehorsam und muss ihm rückhaltloses Vertrauen entgegenbringen. Rousseaus Überlegungen zur Entwicklung dieses Vertrauens sind kompliziert und er folgt eher der Spur eines Misstrauens. Während im sogenannten Naturzustand die Menschen einander wissentlich begegnen, werden sie in der Entfremdung des gesellschaftlichen Kontextes eher Misstrauen füreinander empfinden, da sie nicht wissen können, was die andere Person für Interessen oder Begierden hat. Somit verlegt Rousseau die Problematik in den Kontext gesellschaftlicher Vermittlungsprozesse, an deren Ende dann ein Vertragswerk steht. Inwiefern dann eine Monopolisierung der Gewalt vom Staat auszugehen hat und welche Fragen im Kontext gesellschaftlicher Integrationsprozesse und bürgerlicher Teilhabe das Verhältnis von Frieden und Vertrauen berühren, wäre Thema weiterer Diskussionen.

Unterschiedlich und je nachdem, ob eher die Linie von Hobbes oder die von Rousseau überzeugend scheint, wird deutlich, dass die Problematik des Misstrauens und des Vertrauens bereits konstitutiv für die Bildung der modernen politischen Ordnung war. Auch Immanuel Kant thematisierte einen *Ewigen Frieden*, allerdings betont er den Frieden als besondere Aufgabe der Menschen. Erst mit dieser Forderung wurde die Herstellung eines Friedens in die Hände der Menschen gelegt.

Immanuel Kant: Frieden stiften ohne Vorbehalt

Der Titel von Immanuel Kants Schrift *Zum ewigen Frieden*, abgeuckt von einem Wirtshausschild, zeugt nicht von optimistischer Träumerei oder heiterer Geselligkeit. Das Schild prangt auf einem Friedhofswirtshaus, das mit Totenruhe und friedvollen Miteinander assoziiert ist; der Titel von Kants ruft zum Völkerbund auf und ist von der Frage getrieben, ob ein dauerhafter und tragfähiger Frieden zwischen Staaten überhaupt möglich sei.

Historischer Hintergrund von Kants 1795 entworfener Schrift ist die Erfahrung, dass Frieden ein Ausnahmezustand und Krieg der Normalzustand ist. Diese Erfahrung prägt den europäischen Geist der frühen Neuzeit (1492–1789); sie beginnt aus eurozentrischer Perspektive und zwar mit der Entdeckung Amerikas, und endet mit der Erklärung der Menschenrechte, die 1792 von der Frauenrechtlerin und Schriftstellerin Olympe de Gouges mit dem wichtigen Hinweis *Menschenrechte sind auch Frauenrechte* ergänzt wurde. Für diese Forderung wurde sie im Gefängnis eingekerkert und schließlich 1793 in Paris auf dem Place de la Concorde hingerichtet.

Wenngleich vermutlich Kant selbst stets in der eurozentrischen und androzentrischen Perspektive verhaftet blieb, so zeigte sich doch ein realistischer Zug in manch seinen Ausführungen. So formulierte er im ersten Präliminarartikel *Zum ewigen Frieden*: »1. Es soll kein Friedensschluß [sic!] für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden.« (Kant 1977 [1795], erster Abschnitt, 1.)

Die Idee hier ist, dass *geheime Vorbehalte*, die üblicherweise auf tiefgründigem Misstrauen beruhen und in strategischer Absicht gehegt werden, letztendlich nur zur Kontrolle des Anderen oder des Feindes führen und deshalb einem tragfähigen Frieden nicht dienlich sind. Vorbehalte, die auf Misstrauen beruhen, wirken für Kant friedenskonstitutiv hinderlich.

Gerade weil die Interessen im Konflikt verharren können und oft Gewalt und Krieg befördert haben, schlägt Kant (1977 [1795]) eine dreigliedrige Friedensordnung vor. In dieser Ordnung wird die bürgerliche Verfassung eines republikanischen Staates entworfen, das Völkerrecht eines Föderalismus freier Staaten begründet und ein Weltbürgerrecht allein durch die Hospitalität bedingt. Diese Friedensordnung ist von der Annahme geleitet, dass der Mensch als Vernunftwesen ein

allgemeines Interesse am Frieden habe und entsprechend bereit sein müsse, sich auf diese Friedensordnung entsprechend seiner Vernunft einzulassen und damit die Gewalt einzuhegen. Die Herausforderung dieser Konzeption scheint nicht nur, dass möglicherweise das allgemeine Interesse der Gewaltminderung mit dem partikularen Interesse, die eigenen Vorteile mit Gewalt durchzusetzen, im Widerspruch steht. Sie besteht insbesondere auch darin, dass politische Affekte und Emotionen, historisch tradierte Konfliktlinien, langgehegte interreligiöse oder interkulturelle Feindschaften kaum in Interessen oder gar vernunftgemäßes Handeln zu übersetzen sind. Wie lässt sich mit Konfliktparteien Frieden schließen? Mit Kant lässt sich vorstellen, dass die Anerkennung einer politischen Ordnung und in die jeweilige Beachtung dieser ein *institutionelles Vertrauen* begründen und befördern könnte. Solch ein Vertrauen wiederum könnte ein interpersonales Vertrauen stärken, wobei – und hier liegt ein Paradoxon – das institutionelle Vertrauen auch von der Erwartung abhängt, dass die Anderen sich an die gegebene politische Ordnung halten werden und man selbst in einem Kontext, in dem eine Regelaussetzung, Verrat oder Betrug leicht möglich wäre, weder geschädigt, noch die vereinbarte Ordnung willkürlich ausgesetzt wird (Brock/Simon 2022). Somit wird in einer ersten Annäherung das Vertrauen im Kontext von Frieden als ein Erwartungshorizont verstanden.

Kants (1977 [1795]) Schrift *Zum Ewigen Frieden* wurde als Entwurf formuliert und sollte der Orientierung dienen, wie eine Friedensverfassung aussehen könnte. Sein Hinweis auf den Vorbehalt impliziert, dass Frieden und Vertrauen zusammengehören. Hierbei ist auch zu betonen, dass der Friedensbegriff selbst normativ und teleologisch verstanden wird, und zwar in dem Sinne, dass er den Aufforderungscharakter einer Dringlichkeit für die Zukunft impliziert.² Es ist eine Aufforderung, die besagt, sich jetzt sogleich für Frieden einzusetzen. Sich für Frieden einzusetzen, bedeutet, dass unser Denken und Handeln auf Frieden orientiert sein mögen. Es ist eine Orientierung zum Frieden (idealerweise in Friedenszeiten), im Vertrauen auf Frieden und im Vertrauen, dass Frieden möglich oder zumindest der Einsatz für ihn die bessere Option sei (als der Einsatz für Krieg oder gewaltsame Konflikte). Diese erste Orientierung enthält eine Dopplung des Begriffs Vertrauen: (1) Vertrauen, dass Frieden möglich sei; (2) im Vertrauen auf Frieden. Während ersteres Verständnis auf Verwirklichungsbedingungen und Realpolitik schielt, hierbei vielleicht auch von dem eigenen Optimismus oder den eigenen Hoffnungen abhängt, bezieht sich der zweitgenannte Vertrauensbegriff auf einen Weg des Friedens. Friedenswege bedeuten, sich in Theorie und Praxis hin zu mehr Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit und Vertrauen zu orientieren. Das heißt, dieser Weg, den es zu orientieren gilt, hängt auch mit dem Vertrauen zusammen, dass sich andere Personen auf einem Weg des Friedens beteiligen werden. Darüber hinaus zielt dieser Weg auch

2 Zur Kritik an Kants Ausführungen zum Frieden siehe Bernasconi (2007); Schües (2016).

auf eine dritte Bedeutung von Vertrauen: nämlich auf (3) die Stiftung von Vertrauen hinsichtlich der angesprochenen Ebenen von interpersonalem, institutionellem und strukturellem Vertrauen.

Vertrauen als relationaler Begriff im Kontext von Friedenspraxis

Vertrauen ist ein Beziehungsphänomen. In der Vertrauensforschung wird Vertrauen meistens auf eine zwei-, drei- oder vierstellige Form bezogen (Baier 1991; 2001; Forst 2024). Ich möchte, gerade weil es mir um einen spezifischen Vertrauensbegriff geht, der tauglich für Friedenskonzeptionen sein sollte, einen sechsstelligen relationalen Begriff von Vertrauen entfalten.

Vertrauen im Kontext von Friedenstheorie und -praxis kann in einer mehrdimensionalen sechsstelligen Beziehungsstruktur dargestellt werden:

Eine *Person* (1) vertraut einer anderen *Person oder Institution* (2) in Bezug auf *etwas*, zum Beispiel *Zuwendung oder Unterstützung* (3). Die *Person oder Institution*, der vertraut wird, verhält sich, handelt entsprechend bestimmter *Normen und Werte als vertrauenswürdig* (4), im Rahmen eines bestimmten *Kontexts*, Verantwortungs- oder Handlungsbereichs, auch geopolitischen nationalen oder internationalen Kontext (5), in Bezug auf die *Zukunft*, etwa einem Erwartungshorizont (6).

Wenn über Vertrauen im Kontext von Frieden gesprochen wird, dann muss zuerst gefragt werden, ob ein Soll- oder ein Ist-Zustand angenommen wird. Hier wäre zu sagen, dass *Frieden* begrifflich immer ein Sollen in sich trägt, was allerdings nicht heißt, dass der Begriff des Friedens nicht auch auf eine Gesellschaft, die als Friedensgesellschaft bezeichnet wird, hinweisen könnte. Keiner der genannten Pole ergibt Sinn, wenn er alleine betrachtet werden würde.

(1) Menschen sind immer mehr oder weniger anderen Personen ausgesetzt, von ihnen abhängig, mindestens mit ihnen verbunden. Sie sind mehr oder weniger *gut* in einen mitmenschlichen Kontext eingebettet und machen in diesen unterschiedlichen Kontexten ihre täglichen Erfahrungen. Wie diese Erfahrungen von den Beziehungen geprägt sind, wie sie sich anfühlen, hat damit zu tun, ob die andere Person (2) als vertrauenswürdig erfahren wird. Diese Einbettung und Beziehung werden auch hinsichtlich der zu erwartenden Anerkennung erfahren, Gespräche oder Handlungen hinsichtlich der zu erwartenden Anknüpfungen gestaltet und gefühlsmäßig eingeschätzt.

Auf *interpersonaler Ebene* zeigt sich das Vertrauen, wie es zwischen Menschen entsteht und gelebt wird. Von daher ist Vertrauen ein Beziehungsphänomen, das in einem *Zwischenbereich* entsteht, gerade weil die beteiligten Personen keinen vollständigen Einblick in die subjektive Perspektive der anderen Person haben. Vertrauen ist ein Gefühl, das niemals vollständig beschrieben werden kann, das also immer über sich hinausweist, sogar bisweilen trotz eines Betruges der anderen Person oder gar

wider besseres Wissens beibehalten werden kann. Personen, die einander vertrauen, empfinden eine andere Person als vertrauenswürdig. Vertrauen kann aber auch ungleich im zwischenmenschlichen Bereich verteilt sein; Vertrauen ist nicht notwendig reziprok. Vertrauen entsteht und wird gelebt, weil Menschen miteinander handeln, sich unterstützen, helfen oder vielleicht auch genau dieses nicht tun. In Beziehungen des Vertrauens geht es um etwas (3), um das tägliche Interagieren etwa beim Miteinanderleben, bei der Arbeit oder auch in politischen Verhandlungen, die (im Idealfall) fair und vertrauensvoll gestaltet sind.

(4) Auf *institutioneller Ebene* basiert Vertrauen meistens auf bestimmten Leitideen, (a) also *rechtlich und normativ*, zum Beispiel im Sinne des Völkerrechts oder (b) konkret realpolitisch mit den damit verbundenen Verfahrensordnungen.

(a) Im Zusammenhang von Krieg, etwa dem Angriffskrieg seitens Russlands auf die Ukraine, führte die Frage *Ist das Völkerrecht am Ende?* zum Zweifel, ob wir überhaupt (noch) dem Völkerrecht trauen können (Brock/Simon 2022a). Unumstritten ist sicherlich, dass eine einzelne verbotene Handlung nicht gleich ein ganzes Gesetz aushebeln kann. Wenn aber nach dem Vertrauen im Zusammenhang eines Rechts gefragt wird, dann geht es eher um die normative Autorität, die von einem Recht ausgehen sollte. So möchte Hendrik Simon vom Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung zeigen, dass das Völkerrecht und die internationalen Institutionen trotz des Angriffskrieges und der daraus resultierenden durchaus berechtigten Vertrauensfrage nicht am Ende sind. »Für die Gültigkeit des Völkerrechts ist nicht allein entscheidend, ob seine Normen immer eingehalten werden« (Simon 2023: 281). Gleichwohl bedürfen sie einer Reform, um das Vertrauen in sie weiter zu stärken.

b) Wer einer Institution vertraut, wird nicht nur abstrakt der Rechtmäßigkeit einer Ordnung Glauben schenken, sondern vor allem auch Vertrauen (oder Misstrauen) in ihre Verfahrensordnungen, Prozesse sowie kontrollierenden Mechanismen haben (Endress 2002: 59). Ein gefühltes realpolitisches Vertrauen hängt davon ab, wie vertrauenswürdig eine Institution, etwa eine Behörde, ein Krankenhaus oder eine Polizeistation bei den Menschen ankommt, die mit ihr zu tun haben. Wer schlechte Erfahrungen gemacht hat oder von diesen hört, geht meistens mit Zweifeln, Skepsis oder Misstrauen in die jeweilige Institution. Hierbei sind Zweifel oder Skepsis noch nicht gleich mit Misstrauen zu übersetzen; sie treten ein, wenn zum Beispiel langsam oder chaotisch gehandelt wird. Misstrauen beruht vielmehr auf Gründen, die mit Betrug, Täuschung oder Irreführung zu tun haben. Vertrauen bezieht sich jeweils auf einen Funktionszusammenhang zwischen Wertvorstellungen und den sie konkretisierenden Normen und Verfahren, und der tatsächlichen Performanz, den Leistungen und Handlungsweisen der in ihnen wirkenden Personen.

(5) Wenn es um die Frage des Vertrauens auf institutioneller Ebene geht, dann sind zumeist Institutionen des demokratischen Rechtsstaats gemeint, die eher überschaubar sind. Institutionen, die einer diktatorischen oder tyrannischen Re-

gierung für deren Erhalt dienen, werden üblicherweise von der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtet, wie schon Aristoteles in der *Politik* (1973) befand: Tyrannen säen Misstrauen.

(6) Erwartungshorizont: Als Erwartungshaltung, Zukunftsvergewisserung und Engagement ist Vertrauen vor allem auf die Zukunft ausgerichtet, nämlich in dem Glauben, weder Schaden noch Benachteiligungen zu erleiden, obwohl dem Anderen Verrat oder Betrug, Irreführung oder eigene Bevorteilung möglich ist (Hardin 2002). Hier wäre der Vorbehalt, der mit Kant angesprochen wurde, und ein Verrat zu unterscheiden. Während Friedensgespräche unter Vorbehalt nicht notwendig Misstrauen erwecken, werden sie aber doch möglicherweise eine Vertrauensstiftung schwanken lassen. Ein Verrat oder auch Betrug öffnet deutlich den Weg hin zu einer Beziehung, die unter Misstrauen gestellt wird.

Die sechsstellige Beziehungsstruktur gestaltet die gerade für eine Friedens- und Konfliktforschung wichtige *strukturelle Ebene* eines politischen Systems. Besonders wenn sich eine Gesellschaft auf der Kippe befindet, und zwar am Rande der demokratischen Verfasstheit, bedarf es der Aufmerksamkeit für gerechte und transparente Strukturen sowie einer informellen politischen Kultur der Kommunikation und gegenseitigen Stärkung, sei es auf interpersonaler oder institutioneller Ebene. Gerade weil es sehr unterschiedliche und immer wieder neu zu verhandelnde Demokratieformen gibt, ist eine demokratische Verfasstheit am stärksten an eine formelle politische Öffentlichkeit und, wie Onora O'Neill (2002a) beobachtet, an eine *Vertrauenskultur* gebunden. Während im Krieg, in konfliktbeladenen Staaten, in Diktaturen, totalitären Herrschaftssystemen stets Misstrauen herrscht, so scheint dennoch auch eine repräsentative Demokratie stets von Misstrauen bedroht. Hier allerdings geht es nicht um die Gefährdung von Leib und Leben, sondern vor allem um die Sorge um geheime Machenschaften, intransparente Strukturen oder darum, dass leere Versprechungen der politischen Vertreter:innen oder falsche Entscheidungen die Demokratie selbst gefährden.³ Wenn eine europäische Demokratie ihre Institutionen nur zum Teil offenlegt und deren Komplexität unüberschaubar wirkt und Handlungsabsichten einzelner Politiker:innen dubios erscheinen, dann werden Menschen leicht misstrauisch. Misstrauen wird dann häufig mit dem Vorwurf der Intransparenz verknüpft. Dieser basiert auf der Erwartung, dass etwas transparent sein *sollte*. Ob diese Forderung nach Transparenz Vertrauen stärkt, ist angesichts der Gefahr einer übermäßigen Kontrolle, und der damit einhergehenden Atmosphäre des Misstrauens und einer »Kultur des Verdachtes« (O'Neill 2002a: 18) nicht ausgemacht. Wird Vertrauen missbraucht, eine Rechtsordnung oder un-demokratische Strukturen zur Unterdrückung oder untergerechtfertigter Kontrolle

3 Endreß (2002: 62) verweist auch auf Piotr Sztompka, der einen Mangel an Vertrauen besonders bei postkommunistischen Gesellschaften feststellte, der ein Hindernis zur Demokratie bildete, wie zum Beispiel in Polen (Sztompka 1995; 1999).

gegen Menschen verwendet oder bergen politische Verfahren Willkür- oder Ungerechtigkeitsmomente, dann stellt sich Misstrauen ein.

Das *Friedensgutachten* von 2023 unterstreicht die Wichtigkeit von Information und Kommunikation als eine zentrale friedensfördernde Strategie. In diesem Kontext wurde besonders auf wirtschaftliche Verflechtungen und dem regelmäßigen Austausch in Handelsbeziehungen verwiesen. In diesen werden sich die Handelspartner:innen besser kennen und schätzen lernen und dadurch »Unsicherheit und Misstrauen als klassische Konflikttreiber abbauen« (Friedensgutachten 2023: 110). Hierdurch komme es weniger leicht zu Waffengewalt, so die Vermutung mit Verweis auf die Wirtschaftsbeziehungen ehemals verfeindeter Europäischer Staaten. Mag der Abbau von Misstrauen durch Handel einige Staaten und Menschen zusammenbringen, so scheint die wirtschaftliche Beziehung doch immer wieder nicht nur kein Garant für Frieden, sondern sogar auch der Hintergrund von Konflikt und Gewalt, nämlich gerade dort, wo die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten sowie die Kluft zwischen Armut und Reichtum tiefer wird oder koloniale Ausbeutungsstrategien oder konfliktfördernde Interessenslagen Friedenswege versperren.

Vertrauen als Wert? Braucht Vertrauen Gründe?

Die vorausgegangenen Überlegungen legen nahe, dass Vertrauen vielleicht ein Wert an sich sei und bestimmten Rechtfertigungen unterliegt. Doch weder Vertrauen noch Misstrauen sind ein besonderer Wert. Sie treten in ihrem unterschiedlichen Gewand jeweils normativ unabhängig auf und werden mehr oder weniger gerechtfertigt, wenn auf den Prüfstand gebracht. Vertrauen ist vielleicht nicht als solches ein Wert, denn es kann zum Beispiel auch falsch gegeben werden, doch es ist gerade im Kontext von Frieden ein Indikator für das Gelingen von Beziehungen.

Im täglichen Bereich wird Vertrauen meist unbemerkt jemandem gegeben und Misstrauen wird selektiv und bewusst gegen eine Person oder Institution gerichtet. Meistens ist das Gefühl des Vertrauens mehr oder weniger diffus und manchmal auch von gleichgültigen Gefühlen gegenüber anderen Menschen oder Institutionen begleitet. Misstrauen dagegen ist *selektiv*. Es zeigt sich explizit gegen eine bestimmte Person oder Institution und beruht auf Gründen, die genannt werden können (Gambetta 2001).⁴ Während Entscheidungen üblicherweise prospektiv begründet werden, sind Gründe für Gefühle nur retrospektiv zu finden. Allerdings können si-

4 O'Neill betont, dass Vertrauen *selektiv* gegeben werden muss, da es immer auch die Möglichkeit des Irrtums gibt (O'Neill 2002b: 122) Da Vertrauen nicht gewählt gegeben werden kann, möchte ich eher von einem *selektiven Misstrauen* sprechen.

cherlich Gründe für Vertrauen gefunden werden, die prospektiv helfen, dieses zu befördern.

Für eine Friedensphilosophie relevant können drei Modelle für Gründe eines Vertrauensgefühls genannt werden:⁵

- a) *Vertrauen gründet auf gemeinsamen Interessen.* Russel Hardin argumentiert in seiner funktionalistischen Analyse des Vertrauens folgendermaßen: »You trust someone if you believe it will be in her interest to be trustworthy in the relevant way at the relevant time, and it will be in her interest because she wishes to maintain her relationship with you« (Hardin 2002: 13). Hardin knüpft das Vertrauen an gemeinsame Interessen und an den Wunsch, die Beziehung zu erhalten. Muss also derjenige, der vertraut, immer hoffen, dass das Interesse immer aufrechterhalten und bewusst bleibt? Wenn Vertrauen von den jeweiligen momentanen Interessen abhängt, dann bricht es, sobald die gemeinsamen Interessen nicht mehr deutlich sind. Damit würden der Begriff des Vertrauens und der des Interesses zusammenfallen und das Spezifische des Vertrauens ginge verloren.
- b) *Vertrauen gründet darauf, sich auf andere verlassen zu können.* Um den Begriff des Vertrauens deutlicher zu erfassen, unterscheidet Annette Baier das Gefühl des Vertrauens von der Gewohnheit, *sich auf jemanden zu verlassen* (Baier 2001: 42). Wer einer anderen Person vertraut, glaubt ebenso, sich auf sie mindestens in Bezug auf bestimmte Handlungsbereiche verlassen zu können. Ist Vertrauen mit dem Gefühl, sich auf jemanden verlassen zu können, gleichzusetzen? Mit Baier kann zwischen Vertrauen und der Gewohnheit, sich auf jemanden zu verlassen, unterschieden werden. Sich auf jemanden oder etwas verlassen können, beruht vor allem auf Erfahrungen in der Vergangenheit. Vertrauen ist nicht notwendig mit vergangenen Erfahrungen verknüpft; aber mindestens hat es den Erwartungshorizont, dass eine Person (oder eine Institution), die vertrauende Person nicht betrügen oder hintergehen wird. Das heißt es gibt einen Erwartungshorizont, der sich von Erfahrungen ableiten lässt, aber es gibt auch einen, der auf Vertrauen beruht. Gleichwohl gibt das Vertrauen einen gewissen Spielraum hinsichtlich dessen, was einer Person des Vertrauens (beziehungsweise einer Institution) als Handlungsmöglichkeiten zugestanden wird.
- c) *Vertrauen geht einher damit, keine Gründe des Misstrauens zu haben.* Hat eher das Misstrauen Gründe auf seiner Seite? Diego Gambetta (2001) betont sogar, dass Vertrauen auf einem Mangel an Gründen gegen das Vertrauen beruht. Misstrauen sucht dagegen Gründe für seine Richtigkeit. Vertrauen kann also ohne Gründe existieren und sogar gegen gute Gründe aufrechterhalten werden. Es

5 Diskutiert habe ich die Gründe in Schües (2015).

ist fragil, aber auch manchmal unerschütterlich. Letztendlich ist Vertrauen immer mehr als was eine Liste von Gründen implizieren könnte.

Im Kontext der Friedens- und Konfliktforschung und -praxis lauert im Kern von Vertrauen deutlich der Konflikt, nämlich eine Unsicherheit und Verletzlichkeit. Sicherlich stärkt Vertrauen eine Person oder eine Institution und schützt sie gegen Vorbehalte, Verdachtsmomente, Angriffe; aber es macht sie auch verletzbarer im Falle eines Vertrauensbruchs, da Vertrauensbeziehungen immer auch bedeuten, an die Person (oder Institution) in einem bestimmten Kontext zu glauben, sich auf sie zu verlassen, vielleicht sich ihr gegenüber als verletzlich zu zeigen. Oft haben Konfliktparteien beziehungsweise die Menschen der jeweiligen Gesellschaften kaum gemeinsame Erfahrung des Vertrauens miteinander, entsprechend müssen sie erst Kontexte finden, in denen *neue* Erfahrungen gemacht werden können. Vertrauen in Frieden einzuschreiben, deutet somit auf eine Ambivalenz von zum Beispiel Sicherheit und Unsicherheit, Stabilität und Verletzlichkeit, Stärke und Gefährdung. Da Vertrauensbeziehungen implizit oder explizit immer wieder bestätigt werden müssen, bleibt auch eine sie stärkende Kultur des Friedens beständige Aufgabe der Gestaltung. Es ist eine Aufgabe, dessen Anliegen vor allem die Bestätigung und Fürsorge für gerechte Beziehungen und Strukturen der Freiheit ist.

Wenn aber Vertrauen missbraucht, ungerechte Rechte oder Gesetze verabschiedet, willkürliche Entscheidungen getroffen werden, die die herrschende Gruppe besonders privilegieren oder undemokratische, gar diskriminierende Strukturen etablieren, dann wird hiermit auch Misstrauen gesät. Es wäre ein Misstrauen, das nicht nur seine Gründe findet, sondern diese auch dazu verleiten kann, sich für anti-diskriminierende Maßnahmen, Gerechtigkeit und Demokratie einzusetzen.

Falsches Vertrauen und selektives Misstrauen

Es wurde bereits nahegelegt, dass Vertrauen grundlos sein kann, während Misstrauen auf guten Gründen basiert aus der Sicht desjenigen, der das Vertrauen verloren hat oder nicht haben konnte. Obgleich Vertrauen oft unbemerkt und scheinbar grundlos gegeben wird, soll das nicht heißen, dass Vertrauensgründe nicht wichtig wären oder ungeprüft bleiben sollten. Knapp formuliert: »Vertrauen ist grundlos, aber nicht blind« (Bude 2010: 11). Das gilt insbesondere für den friedenspolitischen Bereich. Was aber kann Vertrauen *richtig* oder *falsch* machen? Nicht nur die Vertrauenswürdigkeit einer Person oder Institution steht zur Disposition, sondern darüber hinaus die politische Angemessenheit eines Vertrauens. Erstens kann Vertrauen auf einem falschen moralischen Grund beruhen, weil es in nicht vertrauenswürdige Personen oder Institutionen gesetzt wurde; zweitens kann zu viel Vertrauen im politischen Bereich zur Normalisierung oder impliziten Zustimmung führen, was die

Demokratie schwächen könnte; drittens zeigt sich besonders im politischen Kontext bisweilen ein *falsches Vertrauen*. Dieses Vertrauen ist sowohl falsch begründet als auch falsch ausgerichtet, da es in bestimmte politische Wege, Systeme oder Autoritäten gesetzt wird, die eine friedenspolitisch hinderliche Ausrichtung haben und schädlich für Gesellschaft und Politik sind.

»Wenn wir den Grund unseres Vertrauens gewinnen und zur Wirkung bringen wollen, dann ist jedes falsche Vertrauen zu vernichten« (Jaspers 1958: 461), so schrieb der politische Autor Karl Jaspers in den 1960er Jahren, weil er falsch gegebenes Vertrauen besonders im gesellschaftlichen und politischen Bereich beobachtet hatte (Jaspers 1958). Jaspers skizziert im Kapitel *Wo bleibt noch Vertrauen?* im Buch *Die Atombombe und die Zukunft der Menschen* vier verschiedene Weisen des falschen Vertrauens im Zusammenhang eines drohenden Atomwaffenkrieges (Jaspers 1958: 458). Seine Beschreibungen gelten aber viel allgemeiner für den politischen Bereich, denn sie können zeigen, wie undifferenziert die Forderung nach Vertrauen besonders im politischen Raum und für Frieden sein kann und wie vorsichtig eigentlich das Thema Vertrauen platziert und kontextualisiert werden sollte, damit es nicht friedensschädigend oder schlicht politisch falsch ausgerichtet ist. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Frage, wo ein falsches Vertrauen verantwortungsvolles Handeln und menschliches Vertrauen verstellen kann. Jaspers nennt falsches Vertrauen im Zusammenhang von Technik, Politik, Fatalismus und Führerhörigkeit (Jaspers 1958: 461–469; Schües 2015):

Er kritisiert ein falsches Vertrauen besonders im Kontext von Atomtechnik, hier nennt er das Vertrauen auf »*technische Auswege*« (Jaspers 1958: 462), das einem Zukunftsvertrauen in Systemen aufsitzt und eigentlich lediglich als (vermutlich falsch) platzierte Hoffnung daherkommt. Besonders im politischen Bereich bedeutet das falsche Vertrauen auch, dass »*politische Auswege in den bisherigen Bahnen*« (Jaspers 1958: 463) des Denkens und Handelns gesucht werden. Damals hatte sich Jaspers (1958) auf die atomare Abschreckungsdoktrin und die auf Dauer gestellte Angst vor einem kollektiven Selbstmord bezogen. Doch kann *Angst der Grund von Vertrauen* sein? fragt Jaspers (1958) rhetorisch. Psychologische Beobachtungen können zeigen, dass Angst meistens eine schwache Grundlage für Verträge und Vereinbarungen ist, denn üblicherweise lähmt Angst eher und drängt auf kurzfristiges Handeln. Ein Angstdiskurs erscheint ungeeignet für die Beförderung eines friedlichen Weltverlaufs.⁶ Der Begriff des Fatalismus verweist auf den »*Glaube an die Unmöglichkeit des totalen Untergangs*« (Jaspers 1958: 465). Aber kann Friedenspolitik und Vertrauen auf solchem Glauben beruhen? »Wir sollten uns jede Weise eines uns ablenkenden Vertrauens verbieten« (Jaspers 1958: 462), argumentiert Jaspers und verweist auf

6 Wenngleich Jaspers seinen Text 1958 veröffentlicht hat, zeigt doch die gegenwärtige Diskussion im Jahre 2024, dass von der Abschreckungsdoktrin und dem Festhalten an der Notwendigkeit von Atomwaffen aus der Sicht des Westens, besonders den USA, nicht abgerückt wird.

einen wichtigen psychologischen Aspekt, den er auch mit Hannah Arendt teilt, nämlich auf die Notwendigkeit von Phantasie und der Bereitschaft von gedanklicher Flexibilität, wenn es um die gesellschaftliche und politische Gestaltung eines Landes geht (Arendt 1987; 1989:). Wenn Vertrauen hieße, politisch nichts mehr zu hinterfragen, zu prüfen, Ideen zu entwickeln und sich einzumischen, dann wäre es lähmend und behindernd und deshalb falsch. Der zuletzt genannte Typ des falschen Vertrauens scheint unmittelbar einsichtig: »Auf Propheten und Führer zu vertrauen, ist ein falsches Vertrauen« (Jaspers 1958: 468). Die Begründung, die Jaspers gibt, ist wenig erstaunlich. Politik hat den Anspruch, den Verstand zu benutzen und ihn nicht an göttliche Verkündigungen oder autoritative charismatische Führerpersönlichkeiten zu binden.

Die Aufdeckung eines falschen Vertrauens setzt die Fähigkeit zum Fragen, zum Zweifeln, sogar zum Misstrauen voraus. Die Haltung des Misstrauns kann Gründe bewusst machen, die dem Anspruch objektiver Kriterien genügen müssen, um tatsächlich als Prüfungsinstanz und Befragen eines Vertrauens *in* das Vertrauen dienen zu können. Aber das Wissen um die Falschheit eines Vertrauens garantiert nicht, die Loslösung von solch einem Verhältnis.

Vertrauen ist moralisch legitim, wenn die am Vertrauensverhältnis beteiligten Personen die Voraussetzungen und Grundüberzeugungen für das Vertrauensverhältnis akzeptieren *könnten*, wenn sie gefragt und ehrlich antworten würden. Der hier eingeführte Konjunktiv deutet darauf, dass üblicherweise die Voraussetzungen für ein Vertrauensverhältnis implizit sind. Moralisch *bezweifelbare* Verhältnisse zeichnen sich durch einen Mangel an Vertrauensvoraussetzungen aus. Darum sollte eine gewisse Wachsamkeit für Vertrauensvoraussetzungen den friedenspolitischen Bereich prägen.

Selektives Misstrauen und die Haltung des »als ob«

Misstrauen ist nicht nur das Gegenteil von Vertrauen. Es ist ein eigenes Phänomen und kann berechtigt oder unberechtigt sein. Üblicherweise ist Misstrauen selektiv und von Vertrauen sowie Nicht-Vertrauen zu unterscheiden. Nicht-Vertrauen kann Gleichgültigkeit, eine skeptische oder fragende Haltung bedeuten. Misstrauen, das wie schon erwähnt, aus Sicht der misstrauenden Person auf Gründen beruht, enthält eine Perspektivenvielfalt, die eine eigene Ausarbeitung erfordert. Hier möchte ich nur einen Aspekt nennen, der meines Erachtens friedenspolitisch relevant ist.

Politisch ist es manchmal gerechtfertigt, Misstrauen zu hegen. Es kann dazu dienen, die Absichten von Einzelpersonen oder die Funktionsweise von Institutionen kritisch zu hinterfragen. Während Vertrauen Beziehungen stärken kann, ist selektives Misstrauen angebracht, wenn möglicherweise Vertrauen missbraucht wurde oder wenn es gilt, sich von falschem Vertrauen zu lösen. Deshalb ist es friedens-

politisch wichtig, das Vertrauen nicht zu sehr zu hofieren, sondern auch selektives und wachsames Misstrauen zu wagen. Andererseits geht es auch darum, wie bereits erwähnt, Vertrauen zu wagen. Sicherlich kann ein Gefühl des Vertrauens nicht einfach hergestellt werden. Gefühle entstehen und wir können sie nicht willentlich herbeizaubern. Gleichwohl können wir Bedingungen für diese schaffen.

Friedenspolitische Strategien stehen vor paradoxalen Herausforderungen: Sie erfordern Vertrauen, aber gleichzeitig sind im Falle des Konfliktes die Bedingungen für Vertrauen meistens nicht gegeben. Vertrauen könnte also »eine zunächst einseitige und darum »riskante Vorleistung« (Stegmaier 2008: 415) sein. Im Kontext gemeinsamer Sicherheitsbestrebungen schlägt Erwin Müller (1986) vor, dass Akteur:innen so handeln könnten, »als bestünde bereits Einigkeit über den noch zu vereinbarenden beidseitigen Verhaltenskodex« (Müller 1986: 170). Dieser Vorschlag zielt auf ein Handeln, dass so verfährt, *als ob* dem Anderen bereits vertraut wird und verstärkt noch einmal die konzeptionelle Einsicht, dass Vertrauen nicht notwendig reziprok, sondern eine asymmetrische Beziehung ist. Denn, wie Pascal Delhom (2019) schreibt,

»[...] das jeweils eigene Vertrauen, das wir im anderen haben oder das wir ihm schenken, hängt nicht vom Vertrauen des anderen in mir ab. Und das Wagnis des Vertrauens wird nicht dadurch geringer, dass der andere dasselbe Wagnis auch eingeht. Gegenzeitiges Vertrauen bildet also keine Symmetrie der Beziehung, sondern eine doppelte Asymmetrie« (Delhom 2019: 97; 2007).

Wenngleich die Aufforderung zum *ersten Schritt* wichtig ist, so scheinen doch Aspekte der Bedingungen für Vertrauen, zum Beispiel die Vertrauenswürdigkeit der Personen oder Institutionen, auch die Bereitschaft der *Anderen* eine Kultur des Vertrauens zu etablieren, bestärkend für eine Vertrauensbeziehung und einen Friedensweg. In diesem Kontext der besonderen Ambivalenz und auch Unsicherheit könnte das Wagnis nicht darin bestehen, Vertrauen zu *haben*, denn dieses kann eh willentlich nicht herbeigeführt werden, sondern darin einen Weg des Wagnisses zu eröffnen, der ein Handeln im Sinne eines *Als-Ob-Vertrauens* ermöglicht. Im Kontext des Themas des Vertrauens und besonders hinsichtlich der Aufnahme von Friedensgesprächen kann darüber hinaus die Einbeziehung einer dritten Person wichtig werden. Sie kann als Zeug:in einer Selbstverpflichtung, auch als Garant:in oder Vermittler:in fungieren und so die Bedingungen für Vertrauensbeziehungen schaffen. Kant hat weitsichtig für den Falle des Krieges geraten, dass zwar politische Maßstäbe gelten und sich somit die Schuldfrage kaum verdrängen ließe, doch gleichwohl »ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes [...] mitten im Krieg noch übrig bleiben« (Kant 1977: 200; siehe auch Nordmann 2024) müsse. Es geht darum wenigstens Möglichkeiten gemeinsamen Handelns anzustreben – so schwer das auch manchmal fällt. Ohne dieses Vertrauen ist ein *Ausrottungskrieg* vorgezeichnet bzw. wird kein

Frieden geschlossen werden (Kant 1977: 200). Diese Form des Vertrauens wirkt, als hätte es keine Gründe, wenigstens keine guten Gründe. Vertrauen ist in die Zukunft gerichtet, die Retrospektive zeigt, ob ein gemeinsames Handeln vielleicht genau die Bedingung war, die es stützen konnten. Die Ambivalenz des Vertrauens zeigt sich oft später, nämlich dann, wenn staatliche Beziehungen oder gesellschaftliche Verhältnisse sich als tragfähig oder konflikthaft zeigen.

Die Aushandlung, was die *spezifischen* Orientierungsleistungen und Vertrauensebenen der verschiedenen Theorien und Praktiken des Friedens sein könnten, wird im stets offen zu haltenden transnationalen inkludierenden politischen, gesellschaftlichen und religiösen vielstimmigen Dialog zu klären sein. Auch in diesem Sinne bleibt der gerechte Frieden eine unendliche Aufgabe.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1987): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München/Zürich: Piper.
- Arendt, Hannah (1989): *Das Denken (= Vom Leben des Geistes, Band 1)*, München/Zürich: Piper.
- Aristoteles (1973): »Politik«, übers. und hg. von Olof Gigon, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Baier, Annette (1991): *Trust. The Tanner Lectures on Human Values. Delivered at Princeton University, 6.-8.03.*, verfügbar über: <http://www.tannerlectures.uta.h.edu/lectures/documents/baier92.pdf>.
- Baier, Annette (2001): »Vertrauen und seine Grenzen«, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hg.), *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 37–84.
- Bernasconi, Robert (2007): »Ewiger Frieden und totaler Krieg«, in: Alfred Hirsch/Pascal Delhom (Hg.), *Denkwege des Friedens. Aporien und Perspektiven*, Freiburg/München: Alber, S. 22–42.
- Brock, Lothar/Simon, Hendrik (2022): »Vom Krieg zum Frieden. Vertrauen im Konflikt«, in: *APuZ* 40, S. 14–19.
- Brock, Lothar/Simon, Hendrik (2022a): »Ist das Völkerrecht am Ende?«, in: *Frankfurter Rundschau* vom 28.11.2022.
- Bude, Heinz (2010): »Quellen und Funktionen des Vertrauens«, in: Herbert Quandt-Stiftung (Hg.), *Vertrauen. Die Bedeutung von Vertrauensformen*, Bad Homburg, S. 10–15.
- Czempiel, Ernst-Otto (1998): *Friedenstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Delhom, Pascal (2007): »Das Wagnis des Vertrauens«, in: Alfred Hirsch/Pascal Delhom (Hg.), *Denkwege des Friedens. Aporien und Perspektiven*, Freiburg/München: Alber, S. 334–361.
- Delhom, Pascal (2015): »Frieden mit Verantwortung und Vertrauen. Versuch über den Frieden als soziale Tugend«, in: Alfred Hirsch/Pascal Delhom (Hg.), *Friedensgesellschaften – zwischen Verantwortung und Vertrauen*, Freiburg: Verlag Karl Alber, S. 227–262.
- Delhom, Pascal (2019): »Die Rolle des Vertrauens für eine Sicherheitspolitik der Kooperation«, in: Ines-Jacqueline Werkner/Martina Fischer (Hg.), *Europäische Friedensordnungen und Sicherheitsarchitekturen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 93–110.
- Endress, Martin (2002): *Vertrauen*, Bielefeld: transcript.
- Friedensgutachten (2023): Hg. von Bonn International Center for Conversion, Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Institut für Entwicklung und Frieden, Bielefeld: transcript.
- Forst, Rainer (2024): »Vertrauen im Konflikt: Eine Grundlegung«, in: Julian Nida-Rümelin/Timo Greger/Andreas Oldenbourg (Hg.), *Normative Konstituenzen der Demokratie*, Berlin/Boston: De Gruyter, S. 87–104.
- Galtung, Johan (1975): *Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gambetta, Diego (2001): »Kann man dem Vertrauen vertrauen?«, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hg.), *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 204–237.
- Hardin, Russell (2002): *Trust and Trustworthiness*, New York: Russell Sage Foundation.
- Hirsch, Alfred (2013): »Der europäische Friedensbund: Zwischen Transparenz und Geheimnis«, in: Alfred Hirsch/Petar Bojanić/Željko Radinković (Hg.), *Vertrauen und Transparenz – Für ein neues Europa*, Belgrad: Institut für Philosophie und Gesellschaftstheorie Belgrad, S. 1–30.
- Hirsch, Alfred/Pascal Delhom (2015): *Friedensgesellschaften. Zwischen Verantwortung und Vertrauen*, Freiburg/München: Alber.
- Hobbes, Thomas (2011): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, Berlin: Suhrkamp.
- Jaspers, Karl (1958): *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen*, München: Pieper.
- Kant, Immanuel (1977 [1795]): »Zum ewigen Frieden. ein philosophischer Entwurf«, in: Wilhelm Weischedel (Hg.), *Werkausgabe. Band XI. Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 193–251.

- Müller, Erwin (1986): »Gemeinsame Sicherheit: Profil eines Konzepts alternativer Sicherheitspolitik«, in: Egon Bahr/Dieter Lutz, (Hg.), *Gemeinsame Sicherheit*. Bd. 1: Idee und Konzept, Baden-Baden, S. 159–196.
- Nordmann, Alfred (2024): »Im Krieg den Frieden bereiten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14.8.2024, S. N4.
- O'Neill, Onora (2002a): *A Question of Trust*. The BBC Reith Lectures 2002, Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Neill, Onora (2002b): *Autonomy and Trust in Bioethics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rousseau, Jean-Jacque (1981): »Abhandlung über die von der Akademie zu Dijon gestellte Frage, ob die Wiederherstellung der Wissenschaften und Künste zur Läuterung der Sitten beigetragen haben« (1. Diskurs), in: Ders., *Sozialphilosophische und Politische Schriften*, München: Schöningh, S. 41–164.
- Rousseau, Jean-Jacques (2012): *Friedensschriften*. Französisch-deutsch. Übersetzt, mit einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Michael Köhler, Hamburg: Meiner, F.
- Schües, Christina (2015): »Vertrauen und Misstrauen in friedenspolitischer Absicht«, in: Pascal Delhom/Alfred Hirsch (Hg.), *Friedensgesellschaften – zwischen Verantwortung und Vertrauen*, Reihe: Friedenstheorien, Freiburg: Alber, S. 156–181.
- Schües, Christina (2016): »Friedenswege in zeitlicher Diskontinuität«, in: Christina Schües/Pascal Delhom (Hg.), *Zeit und Frieden*, Freiburg/München: Alber, S. 7–28.
- Schües, Christina (2018): »Friedenspraxis«, in: Sarah Jäger/Jean-Daniel Strub (Hg.), *Gerechter Frieden als politisch-ethisches Leitbild*. Gerechter Frieden, Wiesbaden: Springer VS, S. 81–105.
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1995): *Den Frieden denken*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Senghaas, Dieter/Eva Senghaas-Knobloch (1992): »Si vis pacem para pacem: Überlegungen zu einem zeitgemäßen Friedenskonzept«, in: *Leviathan* 20(2), S. 230–251.
- Simon, Hendrik (2023): »Können wir dem Völkerrecht (noch) trauen? Die russische Aggression gegen die Ukraine und die diskursive Autorität internationaler Normen«, in *Soziale Systeme* 28(2), S. 279–299.
- Stegmaier, Werner (2008): *Philosophie der Orientierung*, Berlin: de Gruyter.
- Sztompka, Piotr (1995): »Trust and Emerging Democracy: Lessons from Poland«, in: *International Sociology* 11, S. 37–62.
- Sztompka, Piotr (1999): »Trust, Distrust and Two Paradoxes of Democracy«, in: *European Journal of Social Theory* 1, S. 19–32.
- Werkner, Ines-Jacqueline (2017): »Zum Friedensbegriff in der Friedensforschung«, in: Ines-Jacqueline Werkner/Klaus Ebeling (Hg.), *Handbuch Friedensethik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 19–32.